



Eidgenössische Wahlen 2015

Befragung der Kandidierenden zum Thema Gleichberechtigung von Frau und Mann

Publikation auf www.gleichberechtigung.ch



Nationalratswahlen vom 18.10.2015

Kanton: BL

Liste: 22

JungsozialistInnen - (Juso)

Désirée Jaun

Welcher Stellenwert hat die Gleichberechtigung von Frau und Mann in Ihrer politischen Arbeit?

Für mich ist die Gleichberechtigung aller Menschen ein zentrales Thema meiner politischen Tätigkeit. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte und Chancen haben! Und dies egal welchem Geschlecht oder welcher Nationalität sie angehören und welche Sexualität oder Religion sie ausleben.

Auf die Gleichberechtigung der Geschlechter bezogen, lässt sich sagen, dass zwar schon einiges erreicht wurde, doch lange noch nicht alles. Deshalb muss der Kampf weiter gehen!

Was sind allgemein die Schwerpunkte Ihrer Politik?

Nebst dem Gleichstellungsthema sind folgende Themen Schwerpunkte meiner Politik:

Umwelt / Nachhaltigkeit:

Mit Leidenschaft setze ich mich dafür ein, dass unsere Gesellschaft umweltbewusst mit den vorhandenen Ressourcen umgeht. Wir müssen aufhören das Ökosystem zu zerstören und endlich beginnen nachhaltig zu handeln und dies über die Landesgrenzen hinaus!

Atomausstieg:

In der Schweiz stehen die ältesten AKWs und noch immer wird deren Abschaltung hinausgezögert. Nebst den Gefahren eines Super-GAU ist keine Lösung für die Endlagerung des gefährlichen Atommülls in Sicht. Deshalb: Atomausstieg jetzt und kompletter Umstieg auf erneuerbare Energien!

Waffen / Kriegsmaterial:

Waffen sind gemacht, um zu töten! Deshalb muss der Umgang damit restriktiver werden. Armeewaffen gehören ins Zeughaus und nicht in den Kleiderschrank! Kriegsmaterialexporte in Länder, die Menschenrechte verletzen und Kriege führen, sind nicht akzeptabel!

Allgemeine Dienstpflicht für alle anstelle der heute nur für Männer geltenden Militärdienstpflicht/Zivildienstpflicht und Zivilschutzdienstpflicht

Sind Sie der Auffassung, dass für Frauen und Männer grundsätzlich dieselben Rechte und Pflichten gelten sollen?

- Ja, auf jeden Fall, ich werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich persönlich setze mich zwar nicht aktiv dafür ein, entsprechende Vorstösse würde ich aber gerne unterstützen.
- Nein, die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht soll weiterhin nur für Männer gelten.
- Ja, auf jeden Fall. Ich bin jedoch für einen freiwilligen und für alle offenen Zivildienst anstelle der Pflicht.

Anstelle der heute einseitig für Männer geltenden Militär- und Zivilschutzdienstpflicht könnte eine allgemeine Dienstpflicht für alle eingeführt werden, welche wahlweise als Militär-, Zivilschutz-, Umwelt- oder Sozialdienst geleistet werden kann. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, ich bin gegen eine allgemeine Dienstpflicht für alle. Die Militär- und Zivilschutzdienstpflicht sollte aber auch für Frauen gelten.
- Nein, ich bin für einen freiwilligen und für alle offenen Zivildienst ohne Zwang.

Gleichstellung bezüglich AHV-Rententalter (derzeit Frauen 64 und Männer 65), Witwen- und Witwerrente

Würden Sie es befürworten, wenn bei der jetzigen AHV-Revision Frauen und Männer vollständig gleichberechtigt würden sowohl bezüglich AHV-Alter wie auch bezüglich Hinterlassenenrente?

- Ja, bei der AHV soll die Gleichberechtigung jetzt auf jeden Fall vollständig umgesetzt werden.
- Ich bin vorerst nur für Gleichberechtigung beim AHV-Rententalter, die Witwenrente soll gegenüber der Witwerrente noch weitreichender bleiben.
- Ich bin gegen eine Gleichberechtigung bei der AHV, wenn dazu das Frauenrententalter erhöht werden soll.
- Ich bin gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters, aber für die Witwerrente.

Eidgenössisches Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann

Das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann ist nicht mehr zeitgemäss. Es sollte aufgehoben und dadurch Kosten eingespart werden. Was halten Sie davon?

- Ja, das Büro ist überflüssig. Zudem werden Anliegen von Frauen und von Männern dort nicht gleichermassen berücksichtigt.
- Nein, das Büro erfüllt wichtige Aufgaben.
-

Halten Sie Quotenregelungen zur Verwirklichung der "tatsächlichen Gleichstellung" von Frau und Mann für sinnvoll?

- Ja, die Festlegung von Frauenquoten kann legitim sein.
- Nein, Frauenquoten stehen im Widerspruch zur Chancengleichheit.
-

Elternschaftsurlaub anstelle von Mutterschaftsurlaub

Der 14-wöchige Mutterschaftsurlaub könnte durch einen 14-wöchigen Elternschaftsurlaub ersetzt werden. Davon sollten die ersten 9 Wochen auf jeden Fall von der Mutter bezogen werden. Die restlichen 5 Wochen könnten auf Wunsch des Vaters auch von diesem innerhalb der ersten 14 Wochen nach der Geburt bezogen werden. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Ich bin dafür, dass es zusätzlich zum 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub einen Vaterschaftsurlaub gibt.
- Nein, ich sehe keinen Handlungsbedarf, es soll beim 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub bleiben.
-

Familien- und Scheidungsrecht

Kinder sollen unabhängig vom Zivilstand ihrer Eltern immer denselben Anspruch auf beide Elternteile haben. Beide Elternteile sollen in Bezug auf ihr gemeinsames Kind unabhängig vom Zivilstand immer dieselben Rechte und Pflichten haben, sofern dies das Kindeswohl nicht absolut verbietet. Beide Elternteile sollen im Familien- und Scheidungsrecht genau gleich behandelt werden. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren in diesem Sinne einsetzen.
- Nein, die Mutter-Kind-Beziehung hat Vorrang.
-

Einbezug des werdenden Vaters vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch im Interesse des werdenden Kindes

Ein werdender Vater soll im Interesse des werdenden Kindes vor einem allfälligen Schwangerschaftsabbruch nach Möglichkeit in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden. Unter plausiblen Voraussetzungen und mit strengen Verpflichtungen zur Übernahme der Sorge soll er eine Art Veto-Recht gegen die Abtreibung erhalten. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, ein Schwangerschaftsabbruch ist alleinige Sache der werdenden Mutter.
-

Katholische Kirche: Frauenpriestertum, Pflichtzölibat

Niemand soll aufgrund des Geschlechtes von einem Beruf oder einer Tätigkeit ausgeschlossen werden dürfen. Was halten Sie davon?

- Ja, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine unzulässige Diskriminierung und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- Nein, das Verbot des Frauenpriestertums ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
-

Niemand soll im Beruf oder bei der Tätigkeit zur Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit verpflichtet werden dürfen, auch nicht unter Androhung von Nachteilen. Was halten Sie davon?

- Ja, der Pflichtzölibat ist eine unzulässige Verletzung der Grundrechte und sollte von der Politik nicht einfach so hingenommen werden.
- Nein, der Pflichtzölibat ist eine rein innerkirchliche Angelegenheit. Das geht die Politik nichts an.
-

Verfassungsgerichtsbarkeit

Das Bundesgericht soll die Bundesgesetze auf deren Verfassungsmässigkeit hin überprüfen dürfen, so dass zukünftig auch die Bundesgesetze mit den direkt vom Volk erlassenen Bestimmungen der Bundesverfassung übereinstimmen, beispielsweise auch mit dem Gleichberechtigungsgebot. Was halten Sie davon?

- Ja, ich bin genau dieser Auffassung und werde mich in den kommenden vier Jahren aktiv dafür einsetzen.
- Ja, ich bin genau dieser Auffassung. Ich werde mich zwar nicht aktiv dafür einsetzen, entsprechende Vorstösse aber gerne unterstützen.
- Nein, die Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit würde nur unnötig den Handlungsspielraum der Parlamentsmitglieder einschränken.
-